

Vermögensverteilung | 26.09.2017 | Lesezeit 4 Min.

Vermögen: Auf die Rente kommt es an

Häufig wird in der deutschen Gerechtigkeitsdebatte auf die relativ hohe Vermögensungleichheit verwiesen. Wie ein internationaler Vergleich zeigt, ist diese Ungleichheit allerdings nichts Ungewöhnliches: Sie ist meist dort besonders hoch, wo der Staat über ausgeprägte Sicherungssysteme verfügt – wie die Bundesrepublik.

„In kaum einem Land der Eurozone sind die Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland“ – dieser Befund klingt alarmierend und wird häufig als Argument für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer genutzt.

Doch Befragungsdaten zur Vermögensverteilung liefern ein verzerrtes Bild – und zwar nicht nur, weil Milliardäre in den Erhebungen nicht auftauchen: Es ist davon auszugehen, dass viele Vermögensbestände nicht korrekt erfasst werden. In Befragungen gibt beispielsweise weniger als die Hälfte der deutschen Haushalte an, Vermögen in Form von Versicherungen zu besitzen. Hochgerechnet entspricht das allerdings nur rund einem Drittel der gesamten Vermögenssumme in Versicherungen, die bei der Deutschen Bundesbank erfasst sind:

Ende 2016 gab es in Deutschland allein 89,3 Millionen Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen, Pensionskassen und -fonds. Der Kapitalanlagenbestand lag bei 923 Milliarden Euro.

Dieses Vermögen dürfte sich nicht nur auf die oberen 10 Prozent der Vermögenden

konzentrieren, denn private Renten- und Lebensversicherungen sind über die gesamte Bevölkerung breit verteilt.

Rentenansprüche werden in Vermögensbefragungen nicht berücksichtigt. Dadurch ergibt sich ein verzerrtes Bild.

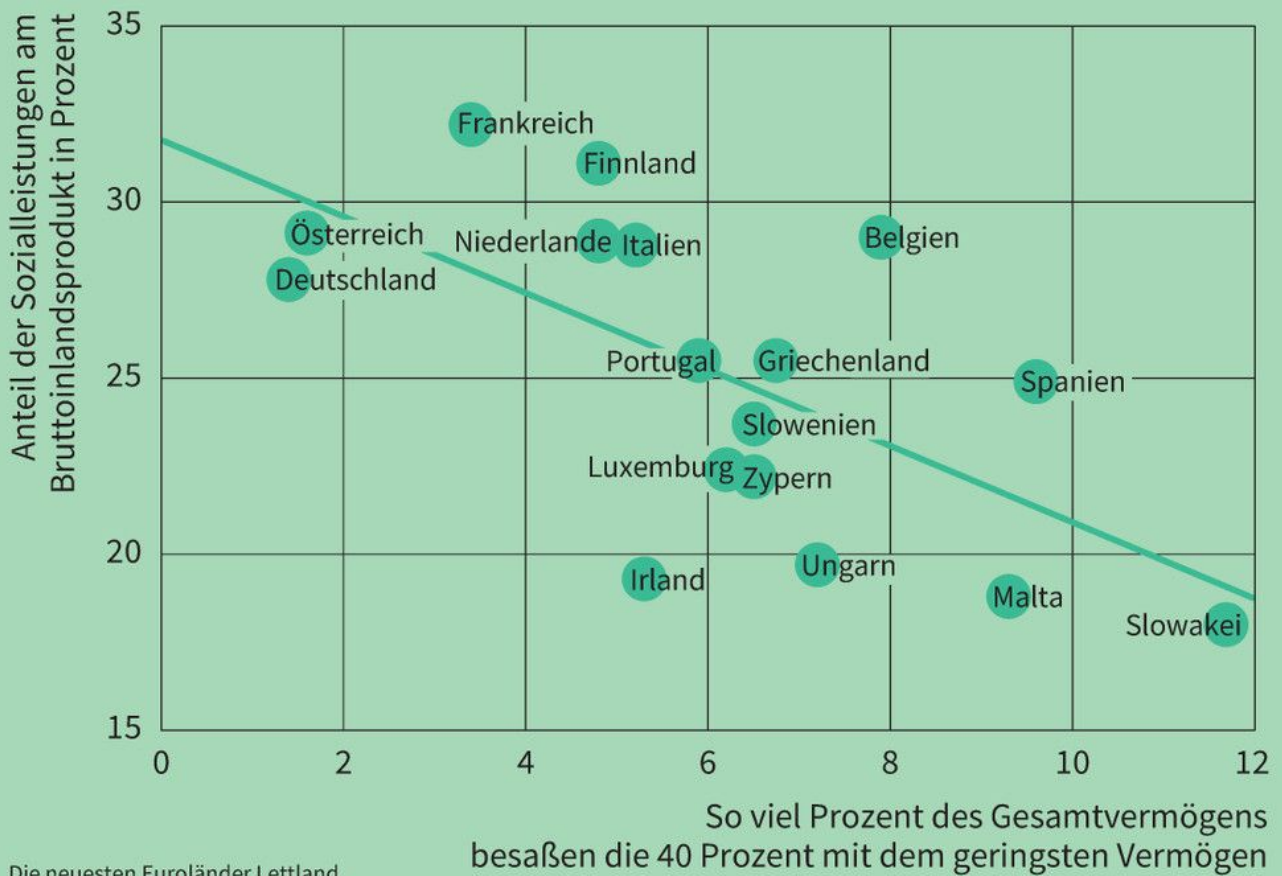
Ein weiteres Manko der Vermögenserhebung ist, dass viele Vermögensteile nur schwer zu beziffern sind. Wer kennt zum Beispiel den Verkehrswert seiner Eigentumswohnung, wenn er sie nicht gerade verkaufen möchte?

Auch international lässt sich die gemessene Vermögensungleichheit nur sehr eingeschränkt vergleichen. Generell gilt: Der Anreiz, privat Vermögen zu bilden, ist umso geringer, je größer die staatliche Absicherung in einem Land ausfällt (Grafik):

Der Vermögensanteil der ärmeren 40 Prozent der Bevölkerung fällt in Europa umso geringer aus, je höher das Sozialbudget des entsprechenden Staates ist.


Sozialstaat und Vermögensungleichheit

in den Euroländern im Jahr 2014



Die neuesten Euroländer Lettland und Estland bleiben mit sehr unterdurchschnittlich ausgeprägten Wohlfahrtsstaaten unberücksichtigt.

Ursprungsdaten: Eurostat, Europäische Zentralbank
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

So besaßen laut vergleichender Befragung der Europäischen Zentralbank im Jahr 2014 die vermögensärmeren 40 Prozent in Deutschland nur 1,4 Prozent aller Vermögen. In der Slowakei dagegen kam die gleiche Bevölkerungsgruppe auf einen Vermögensanteil von 11,7 Prozent. Eine Erklärung hierfür liefern die Ergebnisse des europäischen Mikrosimulationsmodells EUROMOD: Die verfügbaren Einkommen der einkommensärmsten 10 Prozent in Deutschland bestanden im Jahr 2015 zu über 78 Prozent aus staatlichen Transfers, in der Slowakei lag dieser Anteil bei nur 56 Prozent.

In kaum einem anderen EU-Staat fällt die staatliche Unterstützung im unteren Einkommensbereich höher aus als hierzulande.

Durch diese Absicherung fehlen im unteren Einkommensbereich die Anreize, Vermögen aufzubauen – und entsprechend niedrig ist der Vermögensanteil. Gleichzeitig muss die Mittelschicht in Deutschland verhältnismäßig hohe Steuern und Abgaben zahlen, um die soziale Absicherung zu finanzieren. Das erschwert ihr die zusätzliche Vermögensbildung.

Wenig selbst genutztes Wohnungseigentum

In Deutschland und Österreich fällt der Vermögensanteil darüber hinaus besonders gering aus, da diese Länder über den mit Abstand geringsten Anteil an selbst genutztem Wohneigentum verfügen, welches in anderen Ländern einen substanziellen Teil des Vermögens im unteren Bereich ausmacht.

Am deutlichsten zeigt sich die Verzerrung der Vermögensungleichheit am Beispiel der Alterssicherung: Arbeitnehmer zahlen in gesetzliche Alterssicherungssysteme ein, viele Selbstständige kümmern sich derweil selbst um ihre Altersvorsorge. Das heißt:

Die Altersvorsorgevermögen der Selbstständigen sind in den Vermögensbefragungen enthalten, die Rentenansprüche der Arbeitnehmer dagegen nicht.

Bezieht ein Arbeitnehmer später zum Beispiel eine monatliche Rente von 1.000 Euro über einen Zeitraum von 20 Jahren, entspräche dies einem Kapitalwert der Rente von etwa 180.000 Euro – bei einem unterstellten Zinssatz von 3 Prozent. In den Vermögensstatistiken taucht diese Vermögensposition jedoch nicht auf.

Wissenschaftler des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin haben auf Basis der Vermögensdaten des Sozio-oekonomischen Panels 2012 den Einfluss der

Rentenansprüche auf die Vermögensverteilung simuliert (Grafik):

Bisher kommt die vermögensärmere Hälfte der Bundesbürger auf knapp 0,2 Prozent des gesamten Nettovermögens. Mit den Rentenanwartschaften würde sich ihr Anteil auf 16,6 Prozent erhöhen.



Die Folgen: Das durchschnittliche Nettovermögen stiege von 85.000 Euro auf 180.000 Euro. Und der Anteil der oberen 10 Prozent am gesamten Nettovermögen würde sich von rund 58 auf gut 37 Prozent reduzieren.

Die beschriebenen Verzerrungen bei den Vermögensdaten sollten in politischen Debatten stärker beachtet werden - etwa in der Diskussion um eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer: Die heute diskutierten Vorschläge hätten - würden sie umgesetzt - praktisch keinen Einfluss auf die Ungleichheit.

Auf Einkommensungleichheit konzentrieren

Wie komplex das Thema Vermögensverteilung ist, zeigt auch folgendes Paradox: Würden die Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung reduziert und die Bürger hätten dadurch mehr Geld zur Verfügung, um privat vorzusorgen, würde die Ungleichheit der Vermögen vor allem in der Mittelschicht merklich reduziert. Die Altersarmut dagegen würde vermutlich steigen, da ja nicht jeder das freigewordene Geld nutzen würde, um fürs Alter vorzusorgen.

All diese Gründe sprechen dafür, dass sich die Gerechtigkeitsdebatte stärker auf die Einkommensungleichheit konzentrieren sollte - bei der auch die Einkommen aus Vermögen und die Vorteile aus selbst genutztem Wohneigentum berücksichtigt werden. Denn die Einkommen sind deutlich einfacher zu messen und zu interpretieren.

Kernaussagen in Kürze:

- Befragungsdaten zur Vermögensverteilung liefern ein verzerrtes Bild. Allein der Bestand an Versicherungen ist in Deutschland deutlich höher als von den Befragten angegeben.
- Der Anreiz, privat Vermögen zu bilden, ist umso geringer, je größer die staatliche Absicherung in einem Land ausfällt. Diese ist in der Bundesrepublik hoch.
- Die Verzerrungen sollten von der Politik stärker berücksichtigt werden. Demnach müsste sie sich stärker auf die Einkommensungleichheit konzentrieren.